

Die staatstragende Rolle von NGOs

1. Einleitung

Wir erleben in vielen Ländern einen Aufschwung von Arbeiterstreiks und Massenkämpfen, Bewegungen für Frieden, Demokratie, für den Ausbau von sozialen Errungenschaften und für Umweltschutz. Immer mehr Menschen suchen eine alternative Gesellschaftsform zum Kapitalismus. Sie werden dabei unweigerlich mit Institutionen und Organisationen konfrontiert, die sich kritisch, unabhängig und selbstlos geben.

Es gibt ein Heer von Wohlfahrts- und Sozialverbänden, von staatlichen Anlaufstellen für die Frauen- und Jugendbewegung, für Migranten und Flüchtlinge.

Mehr im Verborgenen arbeitet ein weiteres Heer von Organisationen als Agenturen der bürgerlichen Politik innerhalb fortschrittlicher Bewegungen. Ihr Auftrag ist, einer Revolutionierung der Massen entgegenzuwirken, selbständige Bewegungen zu verhindern oder für imperialistische Ziele einzuspannen. Diese Organisationen legen ihre antikommunistischen Motive nicht offen. Sie geben sich als unabhängig, aber sie sind bestens verknüpft mit staatlichen Institutionen, mit Stiftungen von Konzernen und Parteien.

Wenn ich heute über die „staatstragende Rolle von NGOs“ spreche, so möchte ich damit nicht alle NGOs über einen Kamm scheren und zu bewussten Instrumenten der imperialistischen Herrschaftsausübung erklären. Auch wenn dies vor allem für die großen NGOs zutrifft, ist mir bewusst, dass die Spannbreite von Nichtregierungsorganisationen viel größer ist. Dazu gehört das Spektrum fortschrittlicher selbstorganisierter Bewegungen und Selbstorganisationen der Massen sowie Parteien bis hin zur MLPD, die ja alle nicht mit der Regierung, mit staatlichen Institutionen oder Konzernstiftungen verbunden sind. Es wird versucht, diese fortschrittlichen NGOs, die sich auch nicht auf den staatlich verordneten Antikommunismus verpflichten lassen, aus der Öffentlichkeit auszugrenzen, sie sind mit dem Entzug von Parteienrechten bzw. ihrer Gemeinnützigkeit bedroht. Dazu gehört z.B. auch das Arbeiterbildungszentrum oder die VVN.

Es gibt auch zahlreiche Hilfsorganisationen, die in unterdrückten und abhängigen Ländern oder in der Flüchtlingsarbeit mit einer hohen Selbstlosigkeit dazu beitragen, die Not von Menschen zu mildern und die sich für ihre Rechte stark machen. Und in einigen faschistischen bzw. faschistoiden Ländern sehen sich fortschrittliche Menschen und Revolutionäre auch gezwungen, Möglichkeiten und finanzielle Mittel über den Aufbau von NGOs zu nutzen.

Ich behandle in meinem Vortrag, wie schon der Titel aussagt, die NGOs, die sich als Instrumente der Herrschaftsausübung erweisen.

Ich möchte dazu beitragen, Träger, Strukturen und Mechanismen zu erhellen und aufzuzeigen,



Reinhard Funk

Reinhard Funk (Jahrgang 1958) ist Werkzeugmacher, arbeitete früher in Metall- und Stahlbetrieben und ist heute für die MLPD tätig. Er ist seit Jahrzehnten an führender Stelle aktiv in der Friedensbewegung, gegen die Agenda 2010 und in der bundesweiten Montagsdemonstrationsbewegung..

auf welche Weise heute Bewegungen wie von unsichtbarer Hand manipuliert und kontrolliert werden: Welche Kräfte haben ihre Hand im Spiel, wie werden sie finanziert, welche Rolle spielen dabei Regierungen und Geheimdienste?

Ich möchte so dazu beitragen, die Selbstständigkeit von politischen Bewegungen gegen Regierung und Monopole zu stärken und einer offenen Diskussion über gesellschaftliche Alternativen zur kapitalistischen Gesellschaft den Weg zu ebnen.

2. Was hat es mit der Unabhängigkeit und Gemeinnützigkeit von NGOs auf sich?

Das Wort NGO steht für „Non-Governmental Organization“, oder auf Deutsch „Nichtregierungsorganisation“. Schon die Definitionen, die man dann findet, sind recht unscharf: Mal wird die scheinbare Unabhängigkeit vom Staat betont, manchmal die angebliche Gemeinnützigkeit statt Profitinteressen. Wir werden sehen: beides trifft auf den größten Teil der großen NGOs nicht zu.

Der Ausgangspunkt des beschleunigten Aufbaus von Nichtregierungsorganisationen war, dass staatliche Institutionen bzw. die internationalen Organisationsformen des Imperialismus wie der IWF oder die Weltbank bei den Massen gerade in den neokolonial abhängigen Ländern in Misskredit geraten waren. Die Imperialisten bauten daher Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auf bzw. nutzten bestehende als Instrumente ihrer Politik.

Im Zuge der Internationalisierung der kapitalistischen Produktion ab 1990 vervielfachte sich die Zahl der NGOs, während die staatliche Entwicklungshilfe zurückgefahren wurde. Heute gibt es weltweit geschätzt eine Million NGOs¹, etwa 50.000 davon sind global tätig.² Weltweit haben diese Organisationen einen jährlichen Umsatz von mindestens 1.600 Milliarden Euro³. Allein mit diesem Geld könnte rein rechnerisch die Armut in der Welt beseitigt werden

In Haiti wurden nach dem verheerenden Erdbeben 2010 von den über 10 Milliarden Dollar Hilfgeldern⁴ 99% über internationale Akteure und NGOs abgewickelt. Mehr als 7000 Organisationen waren beteiligt. Im Oktober 2010 – 9 Monate nach dem Erdbeben – hausten von 1,3 Millionen obdachlos Gewordenen noch mehr als eine Million Menschen in Notunterkünften. Zehn Jahre später ist immer noch jeder dritte Einwohner Haitis auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Aber „einige NGOs haben SUVs für 40.000, 50.000 Dollar gekauft“.⁵

Im März 2010 schilderten Vertreter der Neuen Kommunistische Partei von Haiti (NPCH):

»Diese NGOs kommen nicht als einfache Helfer, sie spüren systematisch selbständige Initiativen auf, um sich diese einzuverleiben. So besuchte uns eines Tages in einer aus eigener Kraft aufgebauten Schule in einer kleinen Provinzstadt eine US-amerikanische Dame und bot ›Hilfe‹ aus einem ›Kulturfonds‹ an, wenn wir ihr Einblick in unsere Lehrpläne gäben. Obwohl wir natürlich sehr wenig Geld haben, haben wir abgelehnt – wir machen in der Schule prinzipiell eine Politik des Vertrauens auf die eigene Kraft. (...) In Haiti kann man ohne die Auseinandersetzung mit den NGOs keine revolutionäre Arbeit machen.«

NGOs betreiben heute ein weltweites Sozialwesen und mildern auch unmittelbare Not. Ihre wesentliche Funktion besteht darin, die Selbstorganisation der Massen zu unterminieren und revolutionäre Kämpfe um die Befreiung von imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung zu verhindern.

Die fortschrittliche Schriftstellerin Arundhati Roy schreibt zur Rolle der NGOs in Indien: „Sie

¹ GLOBAL 4.2.2015

² Sonia Savioli, NGO, Frankfurt 2019, S. 18

³ Zahlen für 2002 von Comparative Nonprofit Sector Project Johns Hopkins University Baltimore

⁴ Ergebnis der Geberkonferenz am 31.3.2010 in New York laut Bundeszentrale für Politische Bildung

⁵ Sonia Savioli, NGO, Frankfurt 2019, S. 139

*verwandeln die Menschen in abhängige Opfer und schleifen die Kanten des politischen Widerstandes ab.*⁶

3. Wer sind die staatstragenden NGOs, was zeichnet sie aus, wie finanzieren sie sich?

Eine der großen NGOs – Oxfam – hat über 10.000 Beschäftigte und einen Jahresumsatz von über einer Milliarde Dollar. Der größte Teil der Einnahmen kommt aus der öffentlichen Hand. Einzelne Regierungen, aber auch die EU, die UN finanzieren die NGOs. Allein die Bundesregierung zahlte 2018 rund 15,5 Milliarden an NGOs, Vereine und Stiftungen.⁷

Die NGOs sind nicht verpflichtet, über die Herkunft und Verwendung von Geldern Rechenschaft abzulegen und die meisten tun dies aus gutem Grund auch nicht. Stiftung Warentest stellte 2013 fest: Nur sechs von 44 Organisationen arbeiteten transparent.

Hinter vielen NGOs stecken Milliardäre wie George Soros, der mit 18 Milliarden Dollar seiner Stiftung „Open Society Foundation“ unter anderem Human Rights Watch finanziert; er betreibt die Ziele des US-Imperialismus in vielen Ländern wie Ungarn oder der Ukraine⁸. George Soros gründete auch die US-Internetplattform „Move.On.org“, aus der die internationale Kampagnenplattform Avvaz hervorging.

Attac als NGO wurde 1998 in Frankreich und 2000 in Deutschland gegründet. Sie war eng verbunden mit den „Weltsozialforen“, die 2001 in Porto Alegre, Brasilien starteten.

Der Gründer von Attac, Ignacio Ramonet, erklärte das Ziel: *„Wie halten wir die Hälfte der Menschheit davon ab, dass sie rebelliert und Gewalt anwendet?“*⁹.

Die antikommunistische Position nach dem **Verbot von Parteifahren** wurde über die „Occupy“-Bewegung 2011 koordiniert in die internationale Protestbewegung getragen und teils „rigide“ durchgesetzt. Damit sollten revolutionäre Positionen unterdrückt werden. Zu den Förderern und Unterstützern von „Occupy“ gehörten unter anderem George Soros und der US-Milliardär Michael Bloomberg, in Deutschland Attac im Bündnis mit führenden Vertretern der SPD (Andrea Nahles), der GRÜNEN (Sven Giegold) sowie der Linkspartei (Oskar Lafontaine).

Eine Hauptmethode der NGOs ist die Erweiterung des bürgerlichen Parlamentarismus und die Orientierung auf ihn durch Petitionen, Appelle und symbolische Aktionen.

Es gibt regelrechte internationale Netzwerke von NGOs: Zur AVAAZ-Gruppe gehören 19 internationale NGOs, verflochten in Deutschland mit der Gruppe um Attac und Campact.

Eine konkurrierende Gruppe auf dem Weltmarkt ist Change.org aus den USA, zu dem in Deutschland u.a. Abgeordnetenwatch gehört.

Dieses System lässt sich gut im Sinne der bürgerlichen Ideologie systemkonform steuern, weil die Hauptamtlichen davon in der Regel gut leben und Karriere machen können und vielfach auch wollen, sich entsprechend anpassen. Ein Beispiel dafür ist die bisherige Vorsitzende von Greenpeace, Jennifer Morgan, die nunmehr im Außenministerium von Annalena Baerbock als Sonderbeauftragte für Internationale Klimapolitik tätig ist.

Kämpferische Aktivisten werden gelockt mit interessanten Jobs mit Karrierechancen. Als Geschäftsführer von Attac oder Bewegungsstiftung sind gut 6000 Euro im Monat drin, bei BUND oder Greenpeace auch 10.000 Euro.¹⁰ Der Chef von AVAAZ, Ricken Patel, bekommt 260.000 Dollar im Jahr¹¹.

Führende „Bewegungsarbeiter“ wechseln gerne zu Parteistiftungen, in Konzernvorstände oder

⁶ The NGO-ization of resistance, Massalijn, 4.9.2014

⁷ WELT 15.5.19

⁸ Frank Furedi in Novo v. 25.4.2019

⁹ Mythos Attac, S. 75

¹⁰ Www.NGO.Observer

¹¹ Ausweislich der amtlichen Steuermeldung von Avvaz über das Jahr 2018, Seite 7

in parlamentarische Positionen und umgekehrt. 2018 wurde der frühere Chef von Greenpeace neuer Chef von Amnesty International etc.

Die meisten dieser NGOs sind äußerst hierarchisch organisiert, alles wird von einem kleinen Kreis geleitet, von Rechenschaftslegung oder Wahlen kann keine Rede sein. Die jeweiligen Gründer und ein kleinster Kreis von Geschäftsführern (und ihre großen Geldgeber) bestimmen so. Das gilt gleichermaßen – ob bei Greenpeace, Campact oder Attac. Campact z.B. hat 12 Mitglieder und einen geschäftsführenden Vorstand von drei Personen. Dafür spielen sie sich dann in der Öffentlichkeit als Demokratiehüter auf.

4. Ausbau und neue NGOs in Deutschland mit der Schröder/Fischer-Regierung

1996/97 hatten sich selbständige Massenstreiks der Arbeiter im Kampf um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall¹² oder im Bergbau und in der Stahlindustrie entwickelt, mit wachsendem Einfluss der MLPD. Das hatte die Kohl-Regierung zum Scheitern gebracht. Nun sollte von der neuen Regierung der Übergang zur Arbeiteroffensive auf breiter Front gestoppt und die für die Herrschenden gefährliche Entwicklung eingedämmt werden.

In Deutschland bekamen NGOs mit dem System der kleinbürgerlichen Denkweise als Regierungsmethode ab 1998 eine neue Rolle. Es wurden neue Organisationen wie Attac (2000), die Amadeu Antonio-Stiftung (1998) und etwas später die Bewegungsstiftung (2002) sowie Campact (2004) gegründet.

1999 setzte der Bundestag eine Enquête-Kommission ein zur „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“, die in ihrem Bericht 2002 die neue Rolle von NGOs begründete:

„...sie schaffen eine Atmosphäre (...) was wir heute „soziales“ Kapital nennen: die Verbundenheit und das Verständnis zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft, die Verlässlichkeit gemeinsam geteilter Regeln, Normen und Werte und nicht zuletzt das Vertrauen in die Institutionen des Staates.“¹³

Die Anzahl bürgerlicher Agenturen in der Bewegung hat seitdem enorm zugenommen. Allein die Internetplattform Campact hat über 50 Profi-Mitarbeiter, sie klinken sich über kostenloses Material und mit viel Geld in spontane Bewegungen ein, verfügen über beste Verbindungen zu den bürgerlichen Massenmedien. Die Amadeu-Antonio Stiftung beschäftigt 30 hauptamtliche Mitarbeiter. Der Stiftungsrat hat elf Mitglieder und entscheidet alle wesentlichen Dinge. Im Stiftungsrat sitzt auch Stephan Kramer, Verfassungsschutz-Präsident in Thüringen. Die Stiftung wird überwiegend direkt vom Staat finanziert.

Es werden von Attac, Campact, oder der Amadeu-Antonio-Stiftung vielfältigste Seminare, Bildungsangebote, Broschüren und Schulhalte angeboten, um fortschrittliche Menschen und Aktivisten im Sinne der bürgerlichen Politik zu „schulen“. Sie greifen dabei richtige Anliegen auf, um dann idealistische Illusionen in den Kapitalismus zu verbreiten, als ob dieser mittels Appellen friedlich, ökologisch und sozial gemacht werden könnte. Oder auch das Denkschema, dass für die Veränderung des imperialistischen Weltsystems als erstes das individuelle Verhalten des Einzelnen sich ändern müsse. Schuld an Missständen sind dann die Menschen, die Diktatur der Monopole bleibt außen vor. Gemeinsam diffamieren und bekämpfen sie revolutionäre, marxistisch-leninistische Parteien.

Interessant ist, dass Attac, Campact wie auch die „Bewegungsstiftung“ von einer sehr kleinen Gruppe gegründet und bis heute hierarchisch geführt werden. Attac entstand in Verden in der Nähe von Bremen, hier haben auch Campact und die Bewegungsstiftung ihren Sitz. Christoph Bautz wie auch Felix Kolb gründeten jeweils Attac, dann Campact, ebenso die Bewegungsstif-

¹² Strategie und Taktik der internationalen sozialistischen Revolution, S. 221

¹³ Bericht der Enquêtékommision, S. 2 bzw. 3

tung, und sie hatten bzw. haben jeweils führende Funktionen inne. Christoph Bautz ist im dreiköpfigen Vorstand von Campact und führend bei „We move“, Felix Kolb war Pressesprecher von Attac, gründete mit Bautz Campact und die Bewegungsstiftung, ist mit Bautz im dreiköpfigen geschäftsführenden Vorstand von Campact. Er arbeitet auch bei „OPEN“, ist mit Bautz in der Stiftung von Campact.

Oliver Moldenhauer vom Landesvorstand von Bündnis90/Grünen in Niedersachsen, gründete Attac mit Bautz, Giegold und Kolb; er wechselte dann auch mit zu campact. Er ist vor allem beteiligt am Auf- und Ausbau der Plattform „We Move“. Sven Giegold, ein weiterer aus der Attac-Gründergruppe aus Verden, war ein führendes Gesicht von Attac und ist heute Grünen-Politiker im EU-Parlament. Es gibt in Verden auch eine „Bewegungsakademie“ für das Nachwuchstraining. Die „Bewegungsstiftung“ finanziert alle möglichen Bewegungen, während Campact Kampagnen organisiert und führt, Materialien zur Verfügung stellt und dazu auch eine eigene Stiftung unterhält.

Eine erste Bewährungsprobe für Attac im Sinne der Herrschenden war 2003 und 2004, als sich in Deutschland eine selbstständige politische Bewegung gegen die Agenda 2010 der Schröder/Fischer-Regierung herausbildete. Bei der ersten selbständigen Großdemonstration am 1.11.2003 versuchte die Attac-Führung, die beschlossenen kämpferischen Redner mit offener Erpressung zu verhindern:

*“Wenn man die politischen Bedenken von mobilisierenden Gewerkschaftsgliederungen oder Attac ignoriert, werden natürlich die finanziellen Ressourcen und die Mobilisierungsbreite eingengt. (...) Das mag man als Erpressung (...) ansehen, es sind aber die Realitäten“.*¹⁴ Demagogisch wurde vertreten: *„Eine MLPD-Demonstration werde Verdi Berlin jedenfalls nicht unterstützen“.*¹⁵ Auch der Parteivorstand der PDS legt auf einer Sondersitzung fest, ihre finanziellen Zusagen von der Änderung der Rednerliste abhängig zu machen. Sie alle konnten aber die selbstständig organisierte Großdemonstration mit 100.000 Menschen nicht mehr aufhalten. Es war der Anfang vom Ende der Schröder-Fischer-Regierung.

Als sich im Sommer 2004 die selbstständige Montagsdemonstrationsbewegung „Weg mit Hartz IV – das Volk sind wir“ mit bis zu 230 000 Teilnehmern pro Woche entwickelte und ein „Marsch auf Berlin“ geplant wurde, versuchte Attac gestützt auf Funktionäre von der SPD, PDS und rechte Gewerkschaftsführer, dies mit allen möglichen undemokratischen Mitteln und Tricks zu verhindern, hetzten gegen die MLPD und spalteten die Bewegung.

Nachdem Attac nicht zuletzt damit sehr viel Einfluss verlor, wurde nun Campact aufgebaut, die mehr im Hintergrund agiert. Die Führungsgruppe von Attac bzw. Campact baut immer neue Bewegungen aus der Retorte auf, bzw. versucht bestehende zu dominieren: „Resist“ beim Irak-Krieg 2003¹⁶, „occupy“ in der Weltwirtschafts- und Finanzkrise 2008.¹⁷ Im Anti-Atom-Kampf 2011 tauchte plötzlich „ausgestrahlt“ auf, heute sind es Bewegungen wie „Ende Gelände“, „Seebrücke“, „Extinction Rebellion“ oder „letzte Generation“, die zumeist von „Bewegungsarbeitern“ von Campact „unterstützt“ und von der „Bewegungsstiftung“ mitfinanziert werden.

Das ändert nichts daran, dass in diesen Bewegungen sich viele kämpferische und ehrliche Kräfte aktiv und selbstlos engagieren, es wird jedoch versucht, auf Bewegungen Einfluss zu nehmen, Bedingungen an ihre Unterstützung zu knüpfen.

Wie das in der Praxis abläuft, macht ein Bericht vom Vorbereitungstreffen für eine Großdemonstration in München 2019 deutlich:

¹⁴ Werner Halbauer, Attac, Einlader des „Notplenums- Mail vom 9.10.2003

¹⁵ Peter Schrott, stellvertretender Vorsitzender Verdi Berlin, ehemals SEW, Kandidat auf DKP/offene Liste bei der Senatswahl. Ein Wortführer auf dem „Notplenum“

¹⁶ Christoph Bautz

¹⁷ Werner Rätz

„Bei der Diskussion über die Reden kam raus, dass der zentrale Trägerkreis von 8 Organisationen überall ein **Vetorecht und Vorschlagsrecht** festgelegt hat. Das wurde von etlichen kritisiert (...). Das Münchner Bündnis hatte sich einhellig gegen einen Redner von Campact entschieden, weil Campact eine professionelle Organisation mit wenigen Mitgliedern (12) ist und keine Bewegung repräsentiert. Der Redner wurde von zentral durchgesetzt nach dem Motto „wer zahlt bestimmt“, und Campact habe alles organisiert und den Aufruf „zu 99%“ verfasst.“¹⁸

Zur weltanschaulichen Rechtfertigung dieser Manipulation von Bewegungen wurden, ausgehend von der Schröder-Fischer-Regierung gestützt auf Stiftungen von großen Konzernen wie VW, Bosch, ThyssenKrupp oder Bertelsmann, neue Zweige an Universitäten, Professuren und neue Institute aufgemacht und neue Begriffen und Ideologien geschaffen, die sich explizit gegen die marxistisch-leninistische Weltanschauung richten.

Einige der neuen Wortschöpfungen sind:

Wortschöpfung „Zivilgesellschaft“: Demnach wird die Gesellschaft in die drei Sektoren Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft aufgegliedert. In der Zivilgesellschaft gibt es keine Klassenunterschiede mehr, erst recht keinen Klassenkampf. Ausgehend von der Forderung, Bewegungen müssten die „Zivilgesellschaft“ widerspiegeln, womit NGOs gemeint sind, wird die Losung „keine Parteien“ propagiert. Diese richtet sich faktisch ausschließlich gegen revolutionäre Parteien wie die MLPD (bürgerliche Parteien kommen ja ansonsten ständig zu Wort).

Wortschöpfung „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“:

Führend für die Begriffsschöpfung und in der „Forschung“ ist die UNI-Bielefeld und dort das „Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung“ (IKG). Die Studien und das Institut werden durch ein Stiftungskonsortium finanziert, dessen Federführung die Volkswagen-Stiftung hat.

Sein Ansatz ist, die „soziale Desintegration“ zu untersuchen, also alles, was die harmonische Einheit der Gesellschaft stören könnte. Darunter fallen, auch wenn das nicht so explizit gesagt wird, vor allem auch das Klassenbewusstsein und der Klassenkampf. Der langjährige Leiter Professor Wilhelm Heitmeyer war von 2003-2005 mit einer Forschungsprofessur von VW beschäftigt, also in der Zeit, in der in Deutschland konzernweite Kämpfe und die Montagsdemonstrationen gegen die Agenda 2010 ihren Aufschwung nahmen.

Auf der „BKA-Herbsttagung vom 19. – 20. Oktober 2010“ führte er unter dem Titel: „Was treibt eine Gesellschaft auseinander – was hält eine Gesellschaft zusammen?“ seine Sorge aus; nämlich dass „ökonomische Globalisierung ...bis hin zu basalen¹⁹ Erschütterungen von Existenzsicherungen reichen und eine Verschärfung sozialer Ungleichheiten mit sich bringen, also eine Spaltung und Polarisierung von 'Arm' und 'Reich' heraufbeschwören, die sich auch sozialräumlich verdichtet“²⁰

Als Beitrag einer Revolutionierung entgegenzuwirken, schuf er den Begriff „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Dieser soll von den gesellschaftlichen Wurzeln für Faschismus, Rassismus oder sexuelle Diskriminierung ablenken. Sein Problem ist nur, dass er mit neuen Begriffen und einzelnen konkreten Projekten die Gesetzmäßigkeit nicht außer Kraft setzen kann, dass sich die Krisen im Kapitalismus und Klassenwidersprüche verschärfen und diese zu einer Lösung drängen werden.

Es gibt noch weitere neue Wortschöpfungen, auf die ich jetzt nicht weiter eingehen kann, wie vom angeblichen „linken Antisemitismus“, die sogenannte „Totalitarismus-“ bzw. „Hufeisentheorie“, die Mär von der angeblichen „Ideologiefreiheit“...etc.

¹⁸ Bericht der MLPD-Landesleitung Bayern vom 8.5.19

¹⁹ Basal = grundlegend

²⁰ BKA-Herbsttagung 2010- Was treibt eine Gesellschaft auseinander – was hält eine Gesellschaft zusammen?

5. Wie ist das System der antikommunistischen Manipulierung, Unterdrückung und Steuerung von Bewegungen organisiert, wie funktioniert es, wer steuert es?

Ausgehend von den Montagsdemos gegen Hartz IV und den konzernweiten Kämpfen 2004/2005 geriet die Schröder-Fischer-Regierung in eine offene politische Krise und musste abtreten.

Unter Angela Merkel starteten 2010 Programme gegen den so genannten „Extremismus“. Von der damaligen Ministerin Kristina Schröder wurde der Antikommunismus zur Grundlage jeder Förderung von politischer Bildung erhoben. In diese Phase fällt auch die antikommunistische Resolution des Europarats vom Januar 2011.

Ende 2012 wurde das „Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ)“ gegründet. Es wurde ausdrücklich zur „Bekämpfung des Linksextremismus/-terrorismus“ ausgeweitet. Im GETZ arbeiten Polizeibehörden und Nachrichtendienste einschließlich Generalbundesanwalt und Europol eng zusammen.

2016 beschloss die Bundesregierung, „extremistische Tendenzen“ in der Gesellschaft zurückzudrängen. In Sozialräumen, Kommunen, Schulen, Vereinen usw. sollte „präventiv“ gearbeitet werden, um der „Radikalisierung“ die Stirn zu bieten. Der Etat für das Bundesprogramm „*Demokratie leben!*“, das Initiativen auf antikommunistischer Grundlage fördert, wurde auf knapp 100 Millionen Euro ab 2017 verdoppelt.

Jeden Dienstag findet um 11 Uhr im Bundeskanzleramt eine geheime Besprechung zur aktuellen Sicherheitslage statt (die „Präsidentenlage“), an der der Bundesinnenminister, die Präsidenten der Geheimdienste und des BKA sowie der Geheimdienstkoordinator und die wichtigsten Staatssekretäre teilnehmen. Die Inhalte der Treffen sind geheim.

Frank-Walter Steinmeier (früher Kanzleramtsminister) plauderte 2006 zur „Präsidentenlage“: *„Im Zentrum der Besprechungen (...) steht die Abwehr von Gefahren für unser Land. Wir diskutieren dort nach vorn gerichtet, also: Was tut sich Neues? Wo müssen wir aufpassen, wo vielleicht Strukturen verbessern, gerade mit Blick auf mögliche terroristische Aktivitäten?“*²¹

Zur Manipulierung der öffentlichen Meinung fanden unter Merkel die „Hintergrundgespräche“ statt. Hier traf sich die Kanzlerin regelmäßig zum vertraulichen Austausch mit einem ausgewählten Kreis von 13 bis 15 Vertretern der wichtigsten Medien. Die entscheidende Vorgabe ist, dass nichts daraus direkt berichtet werden darf.²²

In Regierungssitzungen und Arbeitskreisen werden „Experten“ aus den NGOs eingeladen, so dass eine rege Abstimmung zwischen den staatlichen Stellen und führenden Kräften der staatstragenden NGOs stattfindet.

Das ganze System funktioniert recht geräuschlos: „Regelmäßig finden öffentliche Anhörungen (in den 22 ständigen Ausschüssen des Bundestags) statt. Hier sind auch NGOs gefragt, die von Bundestagsabgeordneten als Sachverständige hinzu geholt werden. .. Auch als Gutachter für Ministerien werden ... NGOs „eingebunden“²³

Dazu kommt eine enge Verbindung über die Parteien und Parteistiftungen. Viele Aktivisten werden mit Geld aus diesen Stiftungen bezahlt oder sind bei Bundestagsfraktionen angestellt.

Insgesamt funktioniert das System auf der Grundlage der Vereinheitlichung auf den modernen Antikommunismus und den Karrierismus.

²¹ zitiert nach Wikipedia „Präsidentenlage“

²² <https://www.tagesspiegel.de/politik/berufung-gegen-transparenz-urteil-des-verwaltungsgerichts-merkel-will-vertrauliche-treffen-mit-medien-weiter-geheim-halten/26789944.html>

²³ Tageschau, 18.10.17

6. NGOs und neues gesamtgesellschaftliches Liquidatorentum 2018/2019 wollen den Kampf gegen die Rechtsentwicklung der Regierung zerstören

Im März 2018 nahm die neue Regierung Merkel/Scholz mit Innenminister Seehofer ihre Arbeit auf und startete sofort eine neue Qualität der Rechtsentwicklung, unter anderem mit einer Verschärfung der Flüchtlingspolitik und neuen Polizeigesetzen. Dagegen entwickelten sich im Frühsommer 2018 Massenproteste ausgehend von Bayern. Die Bündnisse gegen die Polizeigesetze lehnten es ab, sich antikommunistisch spalten zu lassen. Die Veranstalter der Demo am 7.7.2018 in Düsseldorf erklärten:

*„Natürlich würde es Polizei und Regierung gut passen, wenn sie uns schon im Vorhinein durch ihre „Verfassungsschutzberichte“ vorgeben könnte, mit welchen Organisationen wir gemeinsam demonstrieren dürfen, und mit welchen nicht – aber darauf lassen wir uns nicht ein. Wir entscheiden selbst, mit wem wir am 7. Juli auf der Straße stehen. Und das sind alle, die an diesem Tag unser Ziel teilen: Das neue Polizeigesetz zu stoppen.“*²⁴

Am 7. Juli demonstrierten in Düsseldorf über 20 000 Menschen kämpferisch. Das Auftreten der MLPD bekam sehr viel Anerkennung. Dies ließ die Alarmglocken bei den Herrschenden läuten. Um zu verhindern, dass sich die Kämpfe weiterentwickeln und die MLPD ihre relative Isolierung nachhaltig überwindet, wurde nun **bundesweit ein von Geheimdiensten gesteuertes Liquidatorentum** inszeniert.

Auf einmal begann in ganz Deutschland in allen Bündnissen gegen die Polizeigesetze gleichzeitig, mit der gleichen Wortwahl und äußerst undemokratischen Methoden eine antikommunistische Intrige, um die kämpferische Bewegung zu entwaffnen und zu zerstören. Führende SPD-Funktionäre, Corinna Genschel von der Linkspartei und antideutsche Kräfte vor allem aus der GRÜNEN-Jugend beanspruchten die Führung und forderten vehement mit Intrigen, falschen Behauptungen und an den Haaren herbeigezogenen Behauptungen, die MLPD aus den Bündnissen auszuschließen. Doch ihre Rechnung ging nicht auf. Die MLPD erkämpfte sich gegen die massive Unterdrückung einen prägenden Einfluss auf die Großdemonstration „unteilbar“ in Berlin mit fast 250.000 Teilnehmern.

Als Reaktion auf die Entwicklung im Jahr 2018 fand am 27. März 2019 in Berlin eine gemeinsame Sicherheitstagung des Bundesamts für Verfassungsschutz mit der „Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft“ (ASW) statt. Mit von der Partie waren Vertreter führender Konzerne wie Daimler, Airbus, Allianz, ZF und andere. Bei dieser Tagung wurde der Begriff einer „schleichenden Entgrenzung zwischen legitimen bürgerlichen Protest- und extremistischen Strömungen“ geprägt²⁵.

Der Chef des Verfassungsschutzes in Hamburg, Torsten Voß, warnte: *„Meiner Ansicht nach ist das leise Einsickern extremistischen Gedankenguts in die Mitte der demokratischen Gesellschaft die größte Bedrohung“*²⁶. Mit dem abwertenden Begriff des „Einsickerns“ wird eine Art gefährlicher, klammheimlicher Infiltration suggeriert.

Tatsächlich geht es um den eher unspektakulären, aber wachsenden Einfluss der Überzeugungskraft marxistisch-leninistischer Argumente und Positionen. Sah man bei den ersten FFF-Demos nur vereinzelt kapitalismuskritische Schilder, so gehörten sie immer mehr zum guten Ton, es gab ein sehr großes Interesse an der MLPD und ihren Positionen, am REBELL, an kapitalismuskritischer Literatur.

Gegen diese „Entgrenzung“, d.h. gegen die nachhaltige Durchbrechung der relativen Isolierung der MLPD wurde der Antikommunismus weiterentwickelt und die entsprechenden NGOs als

²⁴ NoPolNRW: „Krisenwording“

²⁵ ASW-Bundesverband 29.7.2019

²⁶ FAZ 26.8.2019

Ordnungsfaktor des Staates mobilisiert.

Wie das ablief, wollen wir uns am Beispiel Fridays for Future genauer anschauen.

7. Die Rolle staatstragender NGOs bei den Fridays-for-Future-Protesten ab 2019

Bei den Klimaprotesten am 20.9.2019 in Deutschland konnte man sich die Augen reiben: Fast überall gab es ein ähnliches Vorgehen, dieselbe Wortwahl. Überall wurde der angebliche „Konsens“ betont, dass Parteien und Parteifahnen verboten seien. Und dies wurde in vielen Städten mit Gewalt von Ordnern bzw. mit Polizeieinsatz durchzusetzen versucht.

Von Funktionären der GRÜNEN wurde scheinheilig auf den angeblichen Wunsch der jungen Schülerinnen und Schüler verwiesen, deren Wille man doch respektieren solle. Mal abgesehen davon, dass es sich um eine rechtswidrige Einschränkung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit handelt, ist doch der Zufall sehr verwunderlich, dass alles nach demselben Muster ablief. Fragte man nach Strukturen, Geldquellen und Verantwortlichen, dann wurden viele redselige Verfechter des „Schülerwillens“ plötzlich einsilbig.

Aber wie lief das nun ab, wer war hier im Hintergrund tätig und wie?

Schon über den Jahreswechsel 2018/2019 wurden ausgehend von den GRÜNEN in Zusammenarbeit mit Kräften des BUND und Greenpeace, organisiert von campact Strukturen gebildet. Es wurde ein „Aktionsnetzwerk Deutschland“ mit einem Twitter-Dienst eingerichtet, es gab spätestens Mitte Januar eine Homepage, bei der man sich anmelden konnte, es wurden AGs für Social Media, für die Website, eine Struktur-AG für Presse, gebildet, die Presse-AG war professionell organisiert, konnte in wenigen Minuten auf Pressemeldungen reagieren. Im Dunkeln blieb, woher die einzelnen Akteure kamen, von wem sie legitimiert sind.

Die führenden Personen wurden nie zusammenhängend aufgelistet. Die Führung beanspruchte eine anonyme „Central Task Force“ (CTF), die nirgends gewählt wurde. Aber sie steht laut einem inzwischen gelöschten Artikel auf der Webseite von „Campact“ unter den Fittichen dieser Kampagnenorganisation.

Eine Schlüsselposition war Luisa Neubauer von den „GRÜNEN“ zugeordnet, als „Gesicht der Bewegung in Deutschland“. Luisa war die Anmelderin der Demonstration am 25.1. in Berlin, von der ein entscheidender Impuls für den weiteren Aufbau der Bewegung ausging. Auf dieser Demo sprachen auch Ricarda Lang, damals Vorsitzende der GRÜNEN-Jugend und heute Co-Vorsitzende der Grünen, sowie Kevin Kühnert, damals Vorsitzender der Jusos, jetzt Generalsekretär der SPD. Soweit zum Thema „keine Parteien“

Jakob Blasel aus Kiel von der Grüne Jugend und Greenpeace war von Beginn an am Aufbau der Strukturen von FfF mit beteiligt, vertrat bundesweit die Bewegung in bürgerlichen Medien. Er sitzt heute für die GRÜNEN im Bundestag. Im Mai 2019 gründete Jakob Blasel zusammen mit Carla Reemtsma (Cousine von Luisa Neubauer) und 5 weiteren Leuten den Verein „organize future e.V.“, der praktisch die Finanzen für die Bewegung organisiert.

Für den Sommerkongress von FfF 2019 in Dortmund kam FfF nicht selbst auf. Die Stiftung Mercator (maßgeblich finanziert von der Unternehmerfamilie Schmidt-Ruthenbeck) spendete 35.000 Euro²⁷. Auch Oxfam spendete für den Kongress.²⁸ Die Homepage und die gesamte Organisation waren ausgehend von campact hoch professionell.

In einem Bericht heißt es:

„Beim FFF-Kongress in Dortmund (...) kam es zu mehreren Ausgrenzungen von Workshopangeboten. Diese waren offensichtlich inhaltlich motiviert, so dass es nach Zensur riecht...“

²⁷ SPIEGEL v. 27.7.2019

²⁸ Focus online 20.9.19

*... Informiert wurden die Betroffenen von der Streichung nicht, ihre Workshops erschienen einfach nicht mehr im Programm. (...) Zu diesem Zeitpunkt hatten längst Apparate ihre Finger nach der neuen Bewegung ausgestreckt. So wurden die Orga-Treffen zum Kongress von einer Erwachsenen, die bei Campact arbeitet, moderiert – eine perfekte Machtstellung für Einflussnahme.*²⁹

Am 29. April 2020 veröffentlichte der Jugendverband REBELL eine Meldung über einen „antikommunistischen und antidemokratischen Politkrimi“. Was war geschehen? Mit der neuen „App for Future“ wurden auch Regeln zum „Verhalten auf Demos“ veröffentlicht. Nicht nur den Rebellen blieb beim Lesen erst mal die Luft weg.

Regel 9: „Verbotene Gegenstände: Parteifahren.“ Dazu weiter: „Das ist zwar nicht durch das Gesetz verboten, verstößt aber gegen die Regeln von Fridays for Future. Wir sind überparteilich. Das heißt, wir sprechen uns nicht für oder gegen bestimmte Parteien aus.“ Frage: Wenn sich Fridays for Future nicht gegen bestimmte Parteien ausspricht, wie kommt es dann zu Regel 12?

Regel 12: „Ausschluss der MLPD“ – dazu weiter: „Die MLPD ist eine kleine Partei, die versucht, Fridays for Future zu unterwandern, also missbrauchen möchte. Sie verstößt gegen das Flaggenverbot von Fridays for Future.“

Soweit die App. Alles klar? Wer Flagge zeigt, der unterwandert? Wer sich nicht als Parteimitglied zu erkennen gibt, aber im Sinne der Grünen, der SPD, der Linkspartei Einfluss in der Bewegung ausübt, der unterwandert nicht?

Gegen diese undemokratischen und antikommunistischen Regeln erhob sich sofort Protest. Drei Initiativen bzw. Plattformen innerhalb von Fridays for Future verfassten einen offenen Brief gemeinsam mit Aktivistinnen und Aktivisten des REBELL. Sie wandten sich gegen den Antikommunismus und den Ausschluss der MLPD.

Nach fünf Tagen Kritik wurden die „Demoregeln“ entfernt. Die offizielle „Entschuldigung“: Der Text sei ihnen mitten in der Nacht „extern“ zugespielt worden, sie seien unter Druck gesetzt worden, den Text zu veröffentlichen. Ihnen sei mit Telefonterror gedroht worden.

Soweit der Kurzkrimi zu den Demo-Regeln. Der ganze Vorgang erhellt doch, wie demokratisch es hier zugeht.

8. Resümee

1. Ich habe deutlich gemacht, dass die tonangebenden „NGOs“ alles andere als unabhängig und gemeinnützig sind, sondern im Gegenteil aufs Engste in die Machtübung des staatsmonopolistischen Kapitalismus eingebunden sind.

Sicherlich sind viele Menschen darin mit den besten Absichten aktiv oder spenden dafür. Aber die meisten dieser NGOs sind Instrumente der Herrschenden, um den Kampf für eine gesellschaftliche Veränderung zu unterbinden.

2. Gesteuert wird das Liquidatorentum in den sozialen Bewegungen, wie wir es ab 2018/2019 in Deutschland erlebten, von den Geheimdiensten mit dem BKA unter Federführung des Bundeskanzleramtes. Es ist ein umfassendes System, das aus gutem Grund stark im Verborgenen arbeitet.

3. Führende Vertreter imperialistischer NGOs als bürgerliche Agenturen in sozialen Bewegungen haben jeglichen fortschrittlichen Anspruch verwirkt. Organisationen wie Campact gehen angesichts der aktuellen Weltkriegsgefahr und des Krieges um die Ukraine auf offen reaktionäre, sozialchauvinistische Positionen über. In ihrem Petitionsaufruf „Wirkliche Solidarität mit der Ukraine! Finanzierung von Putins Krieg stoppen“ verurteilen sie einseitig die Aggression Russlands, die NATO-Kriegspolitik wird jedoch vollständig ausgeblendet und mit der Forderung nach sofortigen Importstopp von Kohle, Gas und Öl aus Russland der Kampf um

²⁹ www.Projektwerkstatt.de

die Neuaufteilung der Weltmärkte und die aktuelle Weltkriegsgefahr befeuert. Dabei ist das Frackinggas aus der USA ja um das Mehrfache klimaschädlicher als das normale Gas. Eine neue Friedensbewegung muss gegen jede imperialistische Aggression, gegen die Beteiligung Deutschlands und der NATO am Krieg eintreten, muss diesem sozialchauvinistischen Kurs eine klare Absage erteilen.

4. Für fortschrittliche Bewegungen haben sich Prinzipien der Zusammenarbeit bewährt wie „überparteiliche Zusammenarbeit und weltanschauliche Offenheit unter Ausschluss von Faschisten und Rassisten“, „Pflicht, zum Gelingen der gemeinsamen Sache beizutragen und das Recht, eigenständig dabei aufzutreten“, „Selbstfinanzierung“, „Breite Demokratie“. Es ist wichtig, Selbstorganisationen der Massen auf dieser Grundlage zu fördern. Um selbständige Bewegungen aufzubauen und zu stärken, müssen die bürgerlichen Agenten in den Bewegungen isoliert und möglichst entfernt werden.

5. Wir brauchen eine starke gesellschaftliche Bewegung gegen den Antikommunismus, die den Weg frei macht für eine breite gesellschaftliche Diskussion über den Sozialismus/Kommunismus. Der Kapitalismus kann und wird nicht das letzte Wort in der Geschichte sein.

6. Und: Solidarität und Hilfe ist heute in der Welt notwendiger denn je. Mit „Solidarität International“ gibt es eine fortschrittliche Hilfsorganisation, die solidarische Hilfe auf Augenhöhe entwickelt und Projekte fördert, die der Selbsthilfe, der Selbstorganisation und der Selbstbefreiung der Menschen vor Ort dienen und die garantiert, dass 100 Prozent der projektbezogenen Spenden dem beschriebenen Zweck zukommt.

So hat sie z.B. einen Solidaritätspakt mit der Selbstorganisation der Flüchtlinge sowie griechischen Bewohner auf Lesbos/Griechenland im Lager Moria vereinbart, fördert die Selbstorganisation der Flüchtlinge und sammelt Spenden für akute Nothilfe.

Diese schreiben aktuell „an die ukrainischen Schwester und Brüder, die vor Krieg und Zerstörung fliehen... Wir sind für die Unterstützung. Uns blutet das Herz, aber seid vorsichtig, wen ihr unterstützt. Wir haben gesehen, dass viele NGOs so viel Geld mit Bildern unserer Kinder gesammelt haben. Schaut genau hin, wohin das geht und wieviel tatsächlich abgegeben wird, Wir haben die Erfahrung, dass über 90% in dunkle Kanäle verschwinden, also passt auf“.³⁰

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich wünsche mir eine lebhaftere, Streitbare Diskussion.

³⁰ www.solidaritaet-International.de/echte-fluechtlingspolitik_nur_fuer_Ukrainer? 20.3.2022